

Editorial

Die Europäische Union befindet sich seit längerem im »permanenten wirtschaftlichen Ausnahmezustand« (Žižek). Eigentlich ist Krise in Permanenz ein Widerspruch in sich. Krisen sind Zeiten der Entscheidung oder Wende, in denen der Patient entweder gesundet oder stirbt. Wenn nach Jahren der Ausgang einer Krise noch immer nicht absehbar ist, kann mit Antonio Gramsci von einer *organischen Krise* gesprochen werden. Im Unterscheid zur konjunkturellen Krise, die in ihren ökonomischen Mechanismen selbst die Bedingungen ihrer Überwindung generiert, bleibt in der »organischen Krise« der reinigende Effekt aus. Vielmehr überlagern sich dann ökonomische, soziale, kulturelle und politisch-institutionelle Krisenprozesse, die einander verstärken und bewirken, dass ihre Überwindung im vorhergehenden Entwicklungsmuster nicht mehr möglich und ein neuer Pfad ihrer Überwindung noch nicht absehbar ist.

So steht es mit der aktuellen Krise der europäischen Integration. In unterschiedlicher Ausprägung verallgemeinert sich in den europäischen Gesellschaften ein Krisenbewusstsein, das zum Ferment eines prospektiven integrationspolitischen Wandels werden kann – mit ungewissem Ausgang. Noch ist die öffentliche Kritik außerstande, sich gegen eine krisenbewahrende Herrschaft durchzusetzen.

Im Unterschied zu Historikern, die den Charakter und Verlauf einer Krise von ihrem Ende her bestimmen können, bewegen sich Sozialwissenschaftler und soziale Bewegungen zunächst im Handgemenge konkurrierender Analysen und Interpretationsangebote. Das vorliegende Heft versteht sich in erster Linie als ein Beitrag zur Klärung der europäischen Verhältnisse – und damit aber auch als Versuch, die Debatte zwischen Europa-Skepsis und Europa-Euphorie neu zu beleben und zugleich die europapolitischen Perspektiven zu korrigieren und zu erweitern. Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Ländern beleuchten hier jeweils spezifische Facetten und Kontexte der Krisenprozesse. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die gesellschaftlichen Krisendimensionen und die politischen Kräfteverhältnisse in der EU in ihrer Ambivalenz untersuchen: Auf der einen Seite werden progressive Kräfte und Allianzen durch die Erweiterung der ökonomischen zur sozialen und demokratiepolitischen Krise geschwächt, während die transnationalen Konzern- und Finanzinteressen die politische Agenda bestimmen. Auf der anderen Seite verschärfen die produzierten Ungleichheiten der herrschenden Krisenregulierung die Widerstände gegen solche Formen der »Krisenbereinigung«: offensichtlich in den europäischen Defizitökonomien, kanalisiert in den Überschussökonomien der EU wie der Bundesrepublik. Es sind solche Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten im Krisenverlauf, die die Formierung kraftvoller Protestbewegungen mit klar konturierten und attraktiven politischen Alternativen blockieren. Wichtigen gesellschaftspolitischen Akteuren wie den Gewerkschaften, sozialen Protestbewegungen und auch den linken Parteien gelingt es bislang allenfalls ansatzweise, die europäischen Initiativen zur Stabilisierung der tradierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen und die verstetigten finanzkapitalistischen

Reproduktionsmuster kritisch zu politisieren. Mehr noch nutzen in vielen Ländern rechtspopulistische Kräfte die Krisendynamik. Dies ist vor allem deswegen problematisch, weil sich der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie in einer transnationalisierten, nach wie vor kapitalistisch formbestimmten Produktionsweise nur noch grenzüberschreitend progressiv bearbeiten lässt.

Ungeachtet der krisenreproduzierenden Herrschaft in Europa und trotz der Widersprüche, die diese Herrschaft immer wieder neu hervorbringt, wird durch die ›Hintertür‹ ein faktischer Neugründungsprozess der europäischen Integration eingeleitet. Zunächst deutet alles darauf hin, dass er den progressiven, solidarisch und demokratisch ausgerichteten »Neugründungs«-Aufrufen Europas diametral entgegengesetzt ist: Die (finanz-)marktdisziplinären Elemente des europäischen Wirtschaftsregierens sind weiter gestärkt und durch die prominente Rolle der europäischen Exekutivapparate, des Europäischen Rats, der Kommission und auch der EZB, ist der technokratisch-autoritäre Charakter der politischen Verhandlungen und Entscheidungen gefestigt worden. Vor allem aber vollzog sich der Neugründungsprozess als ein ›von oben‹ initiiertes Ereignis, ohne breite gesellschaftliche Diskussionen und ohne Beteiligung, zum Teil sogar gegen den massiven Widerstand der Volksmassen.

Diese diskrete Neugründung der Europäischen Union lässt sich – wiederum in Anlehnung an Gramsci – als *passive Revolution* begreifen. Gramsci bezeichnet mit diesem Begriff gesellschaftliche Restrukturierungsprozesse, in denen die Herrschenden auf »organische« oder »Hegemoniekrisen« in einer Weise antworten, die durch Transformation im Rahmen ›ihres‹ Herrschaftssystems ihre Macht erhalten soll. Ob der ehemalige Maoist und heutige Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, an Gramsci gedacht hat, als er die Reformaktivitäten der EU als »stille Revolution« bezeichnete, sei dahingestellt. Im Kern zielen aber auch seine Überlegungen, wie die des europäischen Establishments insgesamt, auf inkrementelle Veränderungen im »Überbau«, d.h. in den nationalen und europäischen Staatsapparaten und den auf diese bezogenen Arenen zivilgesellschaftlicher Kommunikation, ohne die Bedingungen der materiellen – finanzmarktdominierten – Reproduktion zu hinterfragen.

Der sich faktisch vollziehende autoritäre und marktdisziplinäre Neugründungsprozess generiert aber auch neue Widersprüche oder heizt ältere Konflikte zusätzlich an. Deuten diese Widersprüche und Konflikte Chancen für eine progressive Politisierung der EU an? Bieten die durch den Finanzmarktkapitalismus und das europäische Krisenmanagement genährten gesellschaftspolitischen Verteilungs- und Gestaltungskonflikte, die voranschreitende Delegitimierung der europäischen Institutionen und politischen Entscheidungsprozesse, der Aufschwung nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte in vielen Gesellschaften, die zunehmenden Spannungen zwischen den europäischen Kernstaaten und der besonders krisengeschüttelten Peripherie oder auch die intensivierten Konflikte innerhalb des Zentrums, etwa zwischen den großen Kernstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Nährboden, auf dem sich ein alternatives Projekt für Europa formieren kann?

Die genannten Widersprüche und Konflikte wecken berechtigte Zweifel an der Tragfähigkeit der als »passive Revolution« eingeleiteten Neugründung. Bislang ist nicht erkennbar, dass die »organische Krise« der europäischen Integration wirklich überwunden worden wäre. Ein Scheitern der autoritären und marktdisziplinären Neugründung ist demzufolge keineswegs unwahrscheinlich. Wohin es führen wird, hängt letztlich davon ab, ob durch eine ›andere‹ Politisierung der europäischen Integration progressive Alternativoptionen, die auf sozialem Ausgleich und demokratischer Partizipation basieren, an Bedeutung gewinnen können. Doch wie müssen solche anderen Politisierungen eigentlich aussehen? HJB

Der Zetkin-Preis und das Institut für kritische Theorie

Als Nachrichten aus dem Patriarchat haben wir Frigga Haugs Rede zur Entgegennahme des Clara-Zetkin-Preises durch die Partei DIE LINKE in diesem Heft abgedruckt. Dies nicht, weil wir Clara Zetkin oder den Preis selbst für einen Ausdruck des Patriarchats fassen wollten. Vielmehr scheint es uns an der Zeit, auch antipatriarchalische Kämpfe unter dieser Rubrik zu zeigen und Mut und Veränderungswillen daraus zu schöpfen.

Beim diesjährigen Clara-Zetkin-Preis gilt dies umso mehr, als das Preisgeld in Höhe von 3 000 Euro nicht an die Preisträgerin ging, sondern sie dieses erhielt für das InkriT: »damit soll ausdrücklich die Unterstützung von Frauen gewürdigt werden, die sich für eine andere, eine gerechte, eine friedliche, eine gleichberechtigte Gesellschaft einsetzen«. (Aus dem Brief der Parteivorsitzenden Katja Kipping für den Parteivorstand)

Wir fassen dies als Ermutigung, das Wörterbuch weiter zu aller Nutzen zu machen und dabei Frauen als Autorinnen, als Redakteurinnen, als Eingreifende in Politik und Wissenschaft und als Vergessene aus der Geschichte zu holen und ihnen eine Stimme zu geben. Red.